Satzung

Gut Waldville e.V.

§1

Name, Rechtsform und Sitz des Vereins

Gut Waldville e.V. mit dem Sitz in Swisttal Heimerzheim ist in das Vereinsregister bei dem Amtsgericht Rheinbach eingetragen. Der Verein ist Mitglied des Kreisverbandes Pferdesport Bonn/ Rhein-Sieg und durch den KPSV Mitglied des Landesverbandes der Reit- und Fahrvereine Rheinland in Bonn und der Deutschen Reiterlichen Vereinigung e.V. (FN).

§2

Zweck und Aufgaben des Vereins

Gemeinnützigkeit

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck des Vereines ist:

1. die Gesundheitsförderung und Lebensfreude aller Personen, insbesondere der Jugend im Rahmen der Jugendpflege durch Reiten und Voltigieren;
2. die Ausbildung von Reiter und Pferd in allen Disziplinen;
3. ein breitgefächertes Angebot in den Bereichen des Breiten- und Leistungssports allen Disziplinen, auch des Turnierreitportes;
4. die Förderung des Tierschutzes bei der Haltung und im Umgang mit Pferden;
5. die Interessenvertretung des Vereins im Rahmen seiner gemeinnütziger Tätigkeit gegenüber den Behörden und Organisationen auf der Ebene der Gemeinde und im Kreisreiterverband;
6. die Förderung des Natur- und Umweltschutzes
7. die Förderung des Reitens in der freien Landschaft zur Erholung im Rahmen

des Breitensportes und die Unterstützung aller Bemühungen zur Pflege der Landschaft und zur Verhütung von Schäden;

8. die Mitwirkung bei der Koordinierung aller Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur für Pferdesport und Pferdehaltung im Gemeindegebiet;

2. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch Förderung sportlicher Übungen und Leistungen, sowie Tätigkeit zu in Ziff. 1 genannten Zwecken.

3. Durch die Erfüllung seiner Aufgabenverfolgt der Verein selbstlos, ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 bis 68 der Abgabeordnung; er enthält sich jeder parteipolitischen und konfessionellen Tätigkeit.

4. Der Verein verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

5. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§3

Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglieder können natürliche Personen und juristische Personen werden.

Die Mitgliedschaft wird durch Beitrittserklärung und deren Annahme erworben. Die schriftliche Beitrittserklärung ist an den Vorstand des Vereins zu richten; bei Kindern und Jugendlichen bedarf sie der schriftlichen Zustimmung der gesetzlichen Vertreter. Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme endgültig. Gründe für eine etwaige Ablehnung der Mitgliedschaft brauchen gegenüber der antragenden Personen nicht bekannt gegeben zu werden.

2. Personen, die den Verein uneigennützig bei der Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben persönlich, finanziell oder materiell zu unterstützen bereit ist, können vom Vorstand als fördernde Mitglieder aufgenommen werden.

3. Die Mitgliederversammlung kann verdienten Mitgliedern und anderen Persönlichkeiten, die den Reitsport und die Vereinsarbeit wesentlich gefördert haben, die Ehrenmitgliedschaft verleihen.

§3a

Verpflichtung gegenüber dem Pferd

1. Die Mitglieder sind der ihnen anvertrauten Pferden verpflichtet, stets die Grundsätze des Tierschutzes zu beachten, insbesondere

1. die Pferde ihren Bedürfnissen entsprechend angemessen zu ernähren, zu pflegen und verhaltens- und tierschutzgerecht unterzubringen,
2. den Pferden ausreichend Bewegung zu ermöglichen,
3. die Grundsätze verhaltens- und tierschutzgerechter zu wahren, d.h. ein Pferd nicht unreiterlich zu behandeln, z.B. zu Quälen und zu misshandeln.

2. Auf Turnieren unterwerfen sich die Mitglieder der Leistungs-Prüfungs-Ordnung (LPO) der Deutschen Reiterlichen Vereinigung (FN) einschließlich ihrer Rechtsordnung.

3. Verstöße gegen das Wohl des Pferdes können durch LPO- Ordnungs-Maßnahmen auch geahndet werden, wenn sie sich außerhalb des Turnier-Betriebes ereignen.

§4

Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss und Tod.

2. Die Mitgliedschaft endet mit dem Ablauf des Geschäftsjahres, wenn das Mitglied sie bis zum 15. November des Jahres schriftlich kündigt (Austritt).

3. Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es:

- gegen die Satzung oder gegen satzungsgemäße Beschlüsse verstößt, das Vereinsinteresse schädigt oder ernsthaft gefährdet oder sich eines unsportlichen oder unkameradschaftlichen Verhaltens schuldig macht;
- gegen §3a (Verpflichtung gegenüber dem Pferd) verstößt,
- seiner Beitragspflicht trotz Mahnung länger als 6 Monate nicht nachkommt.

Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Das ausgeschlossene Mitglied kann den Ausschluss binnen 4 Wochen durch schriftlich begründete Beschwerden anfechten, über die die Mitgliederversammlung entscheidet. Bis zur endgültigen Entscheidung ruht die Mitgliedschaft.

§5 Organe

Die Organe des Vereins sind

- der Vorstand und
- die Mitgliederversammlung

§6 Vorstand

1. Der Verein wird vom dem Vorstand geleitet.
2. Dem Vorstand gehören an:
  - der Vorsitzende,
  - der stellvertretende Vorsitzende,
  - der Jugendwart (gem. Jugendordnung),
  - der Sportwart,
  - der Kassenwart.
3. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende; jeder ist alleine vertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis ist der stellvertretende Vorsitzende nur im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden zur Vertretung befugt.
4. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von 3 Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während seiner Amtszeit aus, ist von der nächsten Mitglieder-Versammlung eine Ergänzungswahl durchzuführen; scheidet der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende während seiner Amtszeit aus, ist innerhalb drei Monaten die Mitgliederversammlung einzuberufen, die die Ergänzungswahl durchführt.
5. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist, Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
6. Über die Sitzungen des Vorstandes ist eine Niederschrift anzufertigen, Die die Gegenstände der Beratung und die Beschlüsse verzeichnen muss. Sie ist vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterzeichnen.

§7

Aufgaben des Vorstandes

Der Vorstand entscheidet über:

- die Vorbereitung und die Einberufung der Mitgliederversammlung
- die Ausführung ihrer Beschlüsse,
- die Festlegung des Mitgliedsbeitrag,
- die Erfüllung aller dem Vorstand gestellten Aufgaben, soweit die Entscheidung nicht der Mitgliederversammlung nach dieser Satzung vorbehalten ist,
- die Führung der laufenden Geschäfte,
- dem Ausschluss von Mitgliedern gemäß §4 der Satzung.

§ 8

Mitgliederversammlung

1. Jährlich findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen; er muss dies tun, wenn es von mindestens 1/3 der Mitglieder unter Angabe der Gründe beantragt wird.
2. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden oder seinem Vertreter durch schriftliche Einladung an die Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Zwischen dem Tag der Einberufung und dem Versammlungstage müssen zwei Wochen liegen.
3. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig.
4. Anträge zur Tagesordnung sind spätestens eine Woche vor dem Versammlungstage schriftlich beim Vorstand einzureichen. Später gestellte Anträge werden nur behandelt, wenn die Mitgliederversammlung dies mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der anwesenden Mitglieder beschließt.
5. Abstimmung erfolgen durch Handzeichen, auf Antrag von 1/3 der anwesenden Mitgliedern durch Stimmzettel. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Erhält keiner der Kandidaten die Mehrheit, findet zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmzahlen eine Stichwahl statt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los. Stimmberechtigt ist jedes persönlich anwesende Vereinsmitglied mit einer Stimme. Stimmübertragung ist nicht

zulässig.

6. Jugendliche und Kinder haben kein Stimmrecht.
7. Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die die Beschlüsse im Wortlauf und die Ergebnisse von Wahlen verzeichnen muss. Sie ist vom Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterschreiben.

§9

Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung entscheidet über:

- die Wahl des Vorstandes
- die Jahresrechnung
- die Entlastung des Vorstandes,
- die Änderung der Satzung und die Auflösung des Vereines
- Ernennung von Ehrenmitgliedern.

Beschlüsse über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereines bedürfen einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der anwesenden Mitglieder.

§10

Mitgliedsbeiträge

Jedes ordentliche oder außerordentliche Mitglied hat dem Verein einen Betrag zu zahlen, dessen Höhe vom Vorstand festgelegt wird.

Jugendliche Mitglieder bis zur Vollendung des 18 Lebensjahres zahlen grundsätzlich einen verbilligten Beitrag, der im Glücksfall die Hälfte des normalen Mitgliedsbeitrag umfasst. Die Nichteinhaltung der fristgemäßen

Zahlung des Mitgliedsbeitrag kann zum Ausschluss aus dem Verein führen.

§11

Geschäftsjahr und Rechnungslegung

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr und endet am 31.12. eines jeden Jahres.

Mit Schluss des Jahres sind die Geschäftsbücher abzuschließen, der Stand aufzunehmen und ein Geschäftsbericht anzufertigen. Die Jahresrechnung ist den Rechnungsprüfern zur Prüfung vorzulegen. Die Rechnungsprüfer sind jeweils von dem Vorstand vorher zu benennen. Sämtliche Einnahmen dürfen nur zur Bestreitung der satzungsgemäßen Ausgaben verwendet werden. Die Ausschüttung von Überschüssen an die Mitglieder ist ausgeschlossen. Auch dürfen diese in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereines erhalten, soweit dieses nicht Kostenerstattung darstellen. Der Verein darf niemand durch zweckent- fremdete Ausgaben oder überhöhte Vergütung begünstigen.

§12

Auflösung des Vereines

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer besonderen, zu diesem Zweck mit einer Frist von einem Monat einzuberufenden außerordentlichen Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

Bei Auflösung oder Aufhebung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins/ Körperschaft an den Deutschen Tierschutzbund e.V. In d. Raste 10 53129 Bonn und dieses darf nur unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke verwendet werden.